

Sisyphus in Kambodscha: Der permanente Kampf gegen soziale Schieflagen

Weggel, Oskar

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weggel, O. (2006). Sisyphus in Kambodscha: Der permanente Kampf gegen soziale Schieflagen. *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, 25(6), 57-85. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-336790>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Im Fokus

Sisyphus in Kambodscha: Der permanente Kampf gegen soziale Schieflagen

Oskar Weggel

The Permanent Fight against Social Disparities in Cambodia

Abstract

In the wake of the economic achievements of 2005 and of early 2006 the mood in Phnom Penh became so optimistic that on August 15 a brand new National Strategic Development Plan (NSDP; for the years 2006-2010) was announced. It emerged as a document of national pride.

Is all this great planning, however, in touch with the facts of a Least Developed Country? Going down to the social basics of 2006 it becomes indeed clear that Cambodia continues to be a minefield full of social constraints:

One out of three Cambodians live on less than 2,000 CR (= 0,5 US\$) a day. The Cambodian national economy is founded on family-based and subsistent agriculture. Around 20% of children are not going to primary school. One baby out of ten dies before reaching its first birthday. Only around 30%-35% of births are attended by skilled health personnel. Cambodia is the country in the region to be worst affected by HIV/AIDS – with an increasing in the transmission from husband to wife and from mother to child. Only 1/3 of the population in the countryside has access to safe drinking water; beyond that the reduction of forest cover between 1985 and 2002 amounted to almost two million hectares.

All these challenges gave rise to the adoption of the nine objectives of Cambodian Millennium Development Goals (CMDG) in 2003, which aim at ensuring that by 2015 there will be less poverty and inequality, more sanitation and better founding of the health sector, reduced prevalence of HIV/AIDS, enhanced conservation of environment, further integration of Cambodia into the world economy and more decontamination of landmines and UXOs.

Many achievements have been identified at a 2005 working session of the UNDP (reduction of urban poverty-, mortality-, gender disparity-, or of communicable diseases-rates), but at the same time many shortcomings have been registered: high rural poverty, gender

disparity in higher education, enormous levels of domestic violence, continuation of forest depletion and persistence of high civilian casualties from landmines.

There is no doubt that Cambodia has clear-cut ideas about its future. But does it also have the means and the energy to implement all its visions within just a few years?

Keywords: Cambodian Millennium Development Goals, social disparities

Armutsbekämpfungsprogramme im wiederholten Anlauf

Eine eingehendere – und einigermaßen systematische – Aufzählung der gesellschaftlichen Hauptdefizite des im Jahr 1993 konstituierten Königreichs findet sich in den zur Jahrtausendwende verkündeten Cambodian Millennium Development Goals (CMDG), die, ebenso wie das im Jahr 2003 herausgegebene Armutsbekämpfungsprogramm National Poverty Reduction Strategy (NPRS; dazu ausführlich SOAa, 3/2003, S.245), vor allem darauf abzielten, den Anteil der Armen in Kambodscha bis Ende 2005 auf 31% und bis Ende 2015 auf 19% der Gesamtbevölkerung abzusenken. Bereits beim 6. Nationalen Armutsforum im März 2004 hatte die Regierung jedoch einräumen müssen, dass Kambodscha bis 2015 voraussichtlich nur eine Rate von 28% schaffen werde. Statt 1,5% Rückgang würden also höchstens 1% p.a. geschafft. Um wenigstens diese Vorgabe zu erreichen, müssten drei Ziele angestrebt werden, nämlich (1) ein weiteres Wirtschaftswachstum von mindestens 6-7% p.a., (2) eine bewusster Familienplanungspolitik und (3) eine weitere Verwaltungsreform, wobei es auf mehr Demokratisierung, mehr Dezentralisierung, auf eine Verstärkung der Sozial- und Ausbildungspolitik sowie auf eine gezieltere Bekämpfung der Korruption ankomme (ausführlich dazu SOAa, 5/2002, Dok12). Weiterhin gehörten Partizipation, Transparenz und Good Government sowie eine verstärkte Reduzierung der Armee und ein noch entschlossenerer Kampf gegen den Waldfrevel auf die Agenda-Liste (SOAa, 2/2003, S.245). Die NPRS ergänzt dieses Programm und umfasst acht Prioritäten, nämlich makroökonomische Stabilität, bessere ländliche Lebensverhältnisse, mehr Arbeitsplätze, bessere Ausbildungsprogramme, eine Reform der Institutionen, den Abbau der Schwachpunkte, mehr Gleichberechtigung und nicht zuletzt die Förderung der Bevölkerungspolitik durch Gesundheits-, Erziehungs- und verbesserte Ausgangschancen auf den Dörfern.

Im World Poverty Assessment des UNDP von Anfang 2006 wird nach wie vor von 35% Armen in Kambodscha ausgegangen. Darüber hinaus hätten nahezu 80% der Bevölkerung mit weniger als 2 USD pro Tag auszukommen. Zwar habe Kambodscha in den vergangenen Jahren in erheblichem Maße internationale Entwicklungshilfe erhalten, doch habe es sich gleichwohl nicht wesentlich verbessern können, und zwar hauptsächlich wegen seiner armseligen Infrastruktur, des niedrigen Ausbildungsstands der Bevölkerung und wegen weit verbreiteter Korruption.

Im Jahr 2003 wurde der CMDG-Katalog neu gefasst und in 2006 ein National Strategic Development Plan (NSDP) verkündet, der sämtliche Pläne, angefangen von den CMDG über die NPRS bis hin zum III. Landesentwicklungsplan noch einmal zusammenfassen und überdachen soll (ausführlich dazu unter Dokumentation Kambodscha „Planungsperfektionismus“ im vorliegenden Heft).

Das Kaleidoskop der sozialen Probleme in Kambodscha

Im Jahr 2003 war der CMDG-Katalog, wie oben erwähnt, den konkreten Verhältnissen Kambodschas angepasst worden und umfasste seither, anders als der für die meisten Drittweltländer geltende (also wirklich globale) Acht-Punkte-Kodex, neun Belange – vermehrt um das spezifisch kambodschanische Ziel der Entminung.

Er soll Antwort geben auf neun der bedrückendsten sozialen Fragen des Königreichs:

- Einer von drei Kambodschanern hat täglich mit weniger als 2.000 Riel (= rund 0,4 EUR) zurecht zu kommen.
- Rund 20% der kambodschanischen Kinder besuchen keine Grundschule.
- Das Verhältnis von Mädchen zu Jungen beim Besuch der Sekundarstufe liegt bei 1:3.
- Eines von zehn Kleinkindern stirbt noch vor Vollendung des ersten Lebensjahres.
- Nur rund 30-35% aller Geburten werden von ausgebildetem Personal betreut.
- Ferner ist Kambodscha in der Region Südostasien das am meisten von HIV/AIDS betroffene Land, wobei die Übertragungsraten von Ehemann auf Ehefrau und von Mutter auf Kind zunehmen.

- Auf dem Lande hat nur ein Drittel der Bevölkerung Zugang zu hygienisch einwandfreiem Trinkwasser. Außerdem wird die Abholzung fortgesetzt: Zwischen 1985 und 2002 wurden fast 2 Mio. ha Wald eingeschlagen.
- Weder die nationalen Gelder noch die internationalen (ODA-) Hilfen werden effizient genug verteilt, um die Entwicklungsziele der Regierung zu erreichen. Darüber hinaus steht die Führung außenwirtschaftlichen Herausforderungen, die sich oft genug verheerend auf heimische Sozialstrukturen auswirken, meist hilflos gegenüber.
- Nicht zuletzt aber sind durch Landminen und UXOs seit dem Jahr 1975 mehr als 50.000 Menschen verletzt oder getötet worden. Gefahren bestehen hier bis auf den heutigen Tag weiter.

All diese Herausforderungen haben dazu geführt, dass die Regierung entweder allein oder mit Hilfe internationaler Geber zahlreiche Strategien beschlossen oder aber vereinbart hat, wobei u.a. das UNDP Vertragspartner war, und zwar im Hinblick auf die neun CMDG, die den oben aufgeführten neun Herausforderungen entsprachen und mit deren Hilfe die sozialen Hauptprobleme des Landes bis zum Jahr 2015 gelöst werden sollten, nämlich

- Ziel 1: Beseitigung extremer Armut und Hungererscheinungen; bis 2015 sollten, wie erwähnt, die Armut halbiert, der Dezentralisationsprozess fortgesetzt, die Agroindustrie gefördert und eine adäquate soziale Absicherung erreicht werden.
- Ziel 2: Universelle Grundschulerziehung, insbesondere in abgelegenen Gegenden.
- Ziel 3: Gleichheit der Geschlechter und Stärkung der Stellung der Frau; hierbei sollen vor allem bessere Voraussetzungen für den Zugang von Frauen und Mädchen zu höherer Bildung, stärkerer Beteiligung an den Entscheidungsprozessen und zur Ermöglichung höherer Eigeneinkünfte geschaffen werden.
- Ziel 4: Rückführung der Kindersterblichkeit; hierbei gilt es, die Mangelernährung zu beseitigen, die Zahl des ausgebildeten Betreuungspersonals zu erhöhen und die Sanitärverhältnisse zu verbessern.
- Ziel 5: Verbesserung der Fürsorge für die Mütter; abzustellen sei vor allem der Personalmangel bei Hebammen und Krankenschwestern. Zu bekämpfen sei der niedrige Bildungsstand vieler Mütter und zu verbessern sei die Beratung bei der Familienplanung sowie bei der Aufklärung über HIV- und AIDS-Risiken.

- Ziel 6: Kampf gegen ansteckende Krankheiten; auch hier gilt es, die Aufklärung zu verbessern, und zwar nicht nur beim Schutz gegen HIV/AIDS, sondern auch gegen Malaria und nicht zuletzt gegen TBC, die in Kambodscha gerade wieder zunimmt.
- Ziel 7: Ökologische Nachhaltigkeit; hier kommt es vor allem auf Good Governance in Umweltfragen, auf strengere Einhaltung bereits existierender Umweltschutzgesetze und auf Investitionen im Bereich des Wasserschutzes an.
- Ziel 8: Globale Partnerschaft für Entwicklungsprojekte; Kambodscha ist hier vielfach hilflos den Entwicklungen auf dem Weltmarkt ausgesetzt; außerdem bleibt es darauf angewiesen, dass seine Produkte, vor allem Textilien, einen Aufnahmemarkt finden. Die Außenwirtschaft muss der sozialen Entwicklung als Wachstumsmaschine dienen können.
- Ziel 9: Weitere Entminung und Hilfe für Minenopfer.

Die CMDG werden von Kambodscha, wie erwähnt, mit UNDP-Hilfe verfolgt und evaluiert. Bei einer Arbeitssitzung des UNDP Ende 2005 konnte die Weltorganisation feststellen, dass sich die Lage Kambodschas in 24 Punkten verbessert, dass sie aber in elf Bereichen gleich geblieben oder sich sogar verschlechtert habe. Zu den Erfolgen gehörte die Reduzierung der Armutsrate sowie der Sterberate bei Kindern und Müttern, aber auch die Verringerung der kritischen Geschlechterbalance und der übertragbaren Krankheiten.

Ins Minus gerutscht war Kambodscha andererseits hinsichtlich der Armut in der ländlichen Bevölkerung, beim Missverhältnis der Zahl weiblicher zu männlicher Schüler in Sekundär- und Tertiärschulen, beim alarmierend hohen Einsatz von häuslicher Gewalt, bei der Zahl der Umweltverstöße (unkontrollierter Holzeinschlag, unachtsamer Umgang mit Wasserreserven) und bei Unfällen im UXO- sowie im Landminenbereich (UNDP, www.un.org.kh, Aufruf: 10.10.06).

Sozialer Fortschritt im Schneckentempo: Erste bescheidene Erfolge und Rückschläge

Armutsbekämpfungspolitik als Surrogat von Sozialpolitik

Sozialpolitik war im königlichen Kambodscha ein viele Jahre hindurch weitgehend unbestelltes Feld.

Da die Staatskassen leer sind, für eine größere sozialpolitische Umverteilungspolitik also a priori kaum Kapital vorhanden war bzw. ist, musste das Land auf die zwei klassischen Hauptstränge impliziter Sozialpolitik zurückgreifen, nämlich auf ein beschleunigtes BIP-Wachstum, dessen Erträge anschließend nach unten durchsickern sollen, und auf das Mittel der Armutsbekämpfung, das den Vorteil hat, breitere internationale Unterstützung zu finden.

Der erste Weg wurde bereits seit dem Antritt Hun Sens als Ministerpräsident im Jahre 1985 verfolgt, der zweite seit Verkündung der NPRS vom März 2003, die für die Zeitspanne der Jahre 2003 bis 2006 gelten sollte.

Für das Armutsbekämpfungsprogramm im Zeitraum von 2003 bis 2005 waren rund 1,5 Mrd. USD veranschlagt worden. Sie sollten durch Regierungszuschüsse (230 Mio. USD), durch ausländische Direktinvestitionen (250 Mio. USD) und vor allem durch ODA-Beiträge (1,08 Mrd. USD) finanziert werden, wobei die Koordination von den Ministerien für Erziehung, für Entwicklung und für Landwirtschaft zu übernehmen sei. Ein Teil der Mittel zur Armutsbekämpfung sei auf dem Kreditweg zu vergeben.

Zu Beginn der NPRS hatte die Armutsrate nach offiziellen Angaben bei 36% der damals 12-13 Mio. zählenden Einwohnerschaft gelegen. Als Armutslinie galt hierbei ein Einkommen von unter 1 USD pro Person pro Tag.

Dem Ziel der Armutsbekämpfung sollten noch drei flankierende Großmaßnahmen dienen, nämlich die Reduzierung der Armee, der Kampf gegen den Waldfrevel und Verwaltungsreformen mit dem Ziel von Partizipation, Transparenz und Good Governance (Einzelheiten dazu SOAa, 2/2003, S.245). Auch die Bekämpfung der von der letzten Geberkonferenz immer wieder kritisierten Korruption galt – und gilt – als wichtige Komponente dieser Armutsbekämpfungspolitik. Sozialpolitik wird mit anderen Worten als umfassend und überaus komplex begriffen.

Ein dritter Strang, der nicht zufällig im selben Jahr wie das Armutsbekämpfungsprogramm, nämlich 2003, gewirkt wurde, war die Zulassung eines breiter angelegten Privatversicherungssystems. Im Jahr 2002 hatte die Nationalversammlung ein Versicherungsgesetz erlassen, in dem vorgeschrieben worden war, dass jede Firma, die eine Zulassung beantragen wolle, über ein Stammkapital von 28 Mrd. CR (rund 7 Mio. USD) verfügen müsse und dass 10% dieser Summe beim staatlichen Schatzamt und weitere 50% bei der Handelsbank von Kambodscha hinterlegt werden müssten, um dadurch künftigen Versicherungskunden eine Sicherheit zu bieten und gleichzeitig ihr Vertrauen zu erhöhen.

Zu diesem Zeitpunkt gab es lediglich eine einzige vollwertige Versicherungsgesellschaft, die obendrein staatlich war, nämlich die seit 1992 operierende Cambodian National Insurance Company (CAMINCO), die Anfang Januar 2002 mit finanzieller Unterstützung der ADB in eine Privatversicherungsfirma umgewandelt worden war. Außerdem standen vier weitere (durchweg ausländische) Versicherungsgesellschaften in den Startlöchern, nämlich die Indochina Insurance, die Forte Insurance, die Asia Insurance und die Pana Insurance. Sie hatten zwar vorher schon vereinzelte Operationen durchgeführt, doch in größerem Umfang liefen ihre Geschäfte erst jetzt an.

Eine ebenfalls entscheidende Rolle innerhalb der NPRS soll das Kleinkreditwesen bestreiten. Besonders verdient gemacht hat sich auf diesem Sektor die ACLEDA-Bank Plc. (abgekürzt nach der englischen Bezeichnung Association of Cambodian Local Economic Development Agencies). Es handelt sich hier um ein Unternehmen, das nicht auf Gewinn abstellt und das im Jahr 1993 mit der Zielsetzung gegründet wurde, Mikrofinanzierungen als Instrument zur Armutsbekämpfung einzusetzen. Zwischen 1993 und 2003 vergab die Bank insgesamt 900.000 Kredite, davon 77% Mikrokredite, die im Durchschnitt bei rund 193 USD lagen. Obwohl es sich bei den Kleinkrediten um ein überaus riskantes Geschäft handelt, da die meisten Nehmer kaum ausreichende Sicherheiten stellen können, war der Gewinn der Bank (nach Steuern) im Jahr 2003 um 235% (gegenüber 1993) angestiegen, und zwar auf rund 2 Mio. USD. Die ausstehenden Kredite lagen zu dieser Zeit bei 48% und betrugen 39,9 Mio. USD; gleichzeitig waren die Einlagen bei der Bank auf 13,2 Mio. USD gestiegen.

Das Stammkapital der ACLEDA-Bank war zum Teil von der Weltbank zur Verfügung gestellt worden, die sich wiederum die Grameen-Bank in Bangladesch zum Vorbild genommen hatte, die übrigens auch zahllosen anderen Mikrokreditanstalten in nicht weniger als 65% der Entwicklungsländer als Modell dient.

70% der Kreditnehmer bei der ACLEDA sind Frauen, die in Kambodscha überhaupt den Löwenanteil der Kleinunternehmer stellen und die häufig dafür sorgen, dass das geringe Beamtengehalt ihrer Ehemänner, das zum Leben allein nicht ausreicht, durch Einnahmen aus Kleinverkäufen aufgestockt wird. Schon winzige Beträge haben dazu geführt, dass die Kundinnen in der Tat eine eigene Erwerbstätigkeit beginnen konnten. Die ACLEDA verlangt für ihre Kredite 2-4% Zinsen pro Monat – dies ist, verglichen mit deutschen Zinsen, zwar ein gewaltiger Betrag, vergleicht man ihn jedoch mit den 10-20% pro Monat, zu denen klassische

lokale Geldverleiher ihre Kredite vergeben, so erscheint der ACLEDA-Dienst geradezu billig (WSJ, 25.5.04; weitere Einzelheiten hierzu in SOAa, 2/2005, Ü12).

Die Geberländer versuchen mittlerweile darauf hinzuwirken, dass Reformen des öffentlichen Finanzwesens mit der Lösung von drei Kernfragen einhergehen müssten, nämlich – wieder einmal – mit dem Kampf gegen Korruption, mit einer Neustrukturierung der Institutionen und vor allem mit erhöhter Transparenz.

Was Ausgewogenheit und soziale Gerechtigkeit anbelangt, so ist der Nachholbedarf in Kambodscha besonders groß. Beobachter der Entwicklungen haben wiederholt darauf hingewiesen, dass – wie im Jahr 2003 – die sozialen Sektoren besonders schlecht alimentiert würden (www.ngoforum.org.kh/development, Aufruf: 14.4.05). So habe bspw. das Erziehungsministerium nur 79% der ihm im Budget eigentlich zugesprochenen Gelder erhalten, das Gesundheitsministerium sogar nur 59% und das Ministerium für ländliche Entwicklung 54%. Auf der anderen Seite habe der Ministerrat seinen Etat überzogen und 109% seines Haushaltsansatzes ausgegeben, das Innenministerium 167% und das Wirtschafts- und Finanzministerium sogar 199%. Auch das Verteidigungsministerium bekomme noch allzu viel vom monetären Kuchen ab, und dies, obwohl es doch seit längerer Zeit eigentlich als ausgemacht gelte, dass die Verteidigungsausgaben zugunsten der Sozialausgaben zurückgefahren werden sollen. Gleichwohl erhielt das Verteidigungsministerium im Jahr 2003 1,25 Mio. USD und damit einen noch höheren Betrag als im Vorjahr (SOAa, 3/2005, Ü25).

Ein weiterer sozialpolitischer Aspekt, dem im bäuerlichen Kambodscha allerdings bei Weitem nicht der gleiche Stellenwert zukommt wie etwa in der gegenwärtigen Bundesrepublik Deutschland, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, obwohl die Arbeitslosigkeit in Kambodscha Mitte August 2006 die Rekordmarke von immerhin rund 20% erreicht hat. Bei einer Arbeitskräftezahl von 4,4 Mio. Personen wären dies immerhin 1,66 Mio. Arbeitslose, von denen die Mehrheit wiederum auf den Dörfern lebt. Auf dem Lande sind vor allem 12% der Jugendlichen zwischen 10 und 24 Jahren ohne Beschäftigung.

In den Städten bleiben nicht zuletzt zahlreiche Universitätsabsolventen ohne angemessene Beschäftigung, und jedes Jahr kommen Tausende zu diesem Grundstock hinzu (XNA, 14.8.06).

Ein kleines Ventil hat sich hier durch die Migration von Arbeitskräften geöffnet. Jährlich wandern zahlreiche Khmer nach Thailand, Malaysia, Südkorea und Japan aus. Mit Thailand ist es wegen dieser Migration bereits zu Konflik-

ten gekommen, da sich angeblich rund 180.000 Kambodschaner ohne gültige Arbeitserlaubnis im Lande aufhielten.

In ein schiefes Licht ist Kambodscha auch wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit geraten. Im Jahr 2005 bspw. wurde es vom World Economic Forum unter 117 Volkswirtschaften auf Platz 112 eingeordnet, wobei „Korruption, unzuverlässige Justiz, schwache Gesetzesordnung und das unzureichende Bildungssystem“ als Hauptgründe für diese kritische Einstufung angeführt wurden (XNA, 30.9.05).

Soviel zur Armutsbekämpfungspolitik im allgemeinen. Etwas besser steht Kambodscha da, wenn ein speziellerer Aspekt des Kampfes gegen den Mangel ins Licht gerückt wird, nämlich die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik.

Landwirtschaft und Ernährung als Kernelemente von Sozialpolitik

Die beiden wichtigsten volkswirtschaftlichen Säulen sind im immer noch überwiegend bäuerlich geprägten Kambodscha paradoxerweise zwei Sektoren, die weit von der Landwirtschaft entfernt sind, nämlich die Textilproduktion und der Tourismus. Es dauerte bis zum Reis-Rekorderntejahr 2005, ehe die Phnom Penher Führung entdeckte, dass die kambodschanische Wirtschaft nicht nur auf zwei, sondern in Wirklichkeit auf drei Beinen daherkommt, nämlich auch noch auf der Landwirtschaft, die immerhin nach wie vor 40% zum BIP beiträgt. Hier, im Primärsektor, wird in der Tat die Ernährungsgrundlage des Landes gesichert, hier sind rund 80% der Bevölkerung – darunter vor allem Frauen – beschäftigt, und hier auch – auf den Dörfern – treten überdies die meisten sozialen Probleme (Kinder- und Müttersterblichkeit, Analphabetismus) auf. Landwirtschaftsbetriebe sind zumeist Familienunternehmen mit Subsistenzwirtschaft. Nahrungsmangel und Armut sind deshalb in den ländlichen Gebieten weit verbreitet, besonders in solchen Haushalten, die ihr Einkommen überwiegend aus der Landwirtschaft beziehen. Zahlreiche Bauern haben darüber hinaus kein eigenes Land und werden deshalb häufig Opfer von Bodenkonflikten, die in Kambodscha notorisch sind und die, wie unten näher ausgeführt, stellenweise schon revolutionäre Ausmaße annehmen.

Vor allem in der – gerade auf den Dörfern besonders deutlich in Erscheinung tretenden – Frauenfrage zeichnet sich die soziale Schieflage des Landes besonders deutlich ab: Die kritische Geschlechterbalance (53% Frauen, 47% Männer), die Arbeitslast (65% der landwirtschaftlichen Arbeit ruhen auf den Schultern

von Frauen), der Analphabetismus (fast 20% mehr Analphabeten als unter den Männern) und nicht zuletzt die Informalität (die Doppelbelastung und der Arbeitsbeitrag bei der täglichen Plackerei werden in keiner Statistik berücksichtigt) sind hier alltägliche Wirklichkeit, die sich schnell in Misserfolgen katastrophalen Ausmaßes niederschlagen kann: Solange genügend Regen fällt, kommt das Land aus eigener Kraft zurecht, schon kürzere Trockenzeiten aber können sich auf Anbau und Ernährung verheerend auswirken, weil Kambodscha nach wie vor kaum über genügend moderne Einrichtungen und Handhabungsfähigkeiten verfügt, nicht zuletzt aber auch kaum genügend Terrassenfelder besitzt. Noch im Jahr 2004 erwiesen sich rund 30% der 2 Mio. ha Anbauflächen als nicht genügend gegen Trockenheit abgesichert.

Umso wichtiger ist, dass in der Landwirtschaft entscheidende technologische Fortschritte sowie soziale Innovationen erfolgen. Nachdem dieser Bereich lange Zeit hinterherhinkte, scheint es hier aber im Jahr 2005 zu einem entscheidenden Durchbruch gekommen zu sein, wurde doch mit fast 6 Mio. t Reis (in genauen Zahlen: 5.986.179 t) die beste Reisernte seit Ausrufung des Königreichs im Jahre 1993 erzielt. Zumindest war dies die Aussage Hun Sens bei der Jahreskonferenz des Landwirtschaftsministeriums am 29.3.2006 (www.maff.gov.kh/news/achs2006, Aufruf: 19.8.06).

Hat das Verhältnis zwischen den drei Sektoren bei der Erwirtschaftung des BIP im Jahre 1994 noch bei 46%: 13%: 36% (Landwirtschaft: Industrie: Dienstleistungen) gelegen, so hatte es sich 2004 auf 32%: 27%: 36% verschoben. Obwohl die Landwirtschaft also nur rund ein Drittel zum BIP beitrug, beschäftigte sie doch andererseits, wie erwähnt, über 80% aller Arbeitskräfte: Nicht gerade ein Musterbeispiel für Effizienz! Überdies ist der Beitrag der Landwirtschaft zum BIP im Zehnjahreszeitraum von 1994 bis 2004 lediglich um 3% gewachsen (XNA, 7.6.06), während die Industrie um 15% und der Dienstleistungsbereich um 7% (davon Tourismus: 13%) zugenommen haben (SOAa, 5/2006, S.127-130).

Trotz der Erfolge von 2005 (und 2006) gibt es allerdings noch zahlreiche Probleme: Erstens einmal besteht ein gesichertes Bewässerungssystem lediglich auf 7% des Ackerlandes, sodass Kambodscha immer noch stark auf die Regenfälle zwischen Mai und Oktober angewiesen ist. Ein weiteres Problem besteht darin, dass mehr als 20% der Bauern keine eigenen Felder besitzen, dass die Kenntnis für neue Anbausorten unterentwickelt ist, dass die Kosten für den Anbau, vor allem für Düngemittel, nach wie vor zu hoch liegen, dass nicht genügend moderne Geräte vorhanden sind (im ganzen Land gibt es lediglich rund 5.000 Traktoren)

und dass die Mikrofinanzierung für die einzelnen Bauernhaushalte alles andere als zufrieden stellend ist. Hinzu kommt, dass der Hauptakzent der staatlichen Wirtschaftspolitik nach wie vor notorisch auf den Städten, auf der Textilindustrie und auf dem Tourismus liegt, wodurch die sozialen Gefälle eher noch verschärft und die Erfolge der Armutsbekämpfungspolitik verlangsamt werden.

Immerhin haben die Erfolge des Jahres 2005 das Bild bedeutend aufgehellt und dazu beigetragen, die dort lastenden sozialen Hauptprobleme etwas zu verringern und den Zielen der nationalen Armutsbekämpfungspolitik ein wenig näher zu kommen, in deren Visier ein Wachstum steht, das nachhaltig und sozial ausgeglichen sein soll.

Zum einen hat sich mittlerweile in einigen Regionen die bäuerliche Infrastruktur verbessert. Im Nordwesten (d.h. im Umfeld der Provinzen Battambang, Siem Reap oder Oddar Mean Chey) wurden z.B. mit Hilfe der ADB Überlandstraßen gebaut oder ausgebaut, Schulen errichtet, Gesundheitszentren aufgebaut und Dutzende von Brunnen gegraben (Agence Kampuchea Presse (AKP), in BBC, 6.10.04).

Zum anderen kam es stellenweise zu einer Verbesserung des bäuerlichen Handels. Ein von der japanischen JICA unterstütztes Projekt in der Provinz Prey Veng, das mittlerweile auch in anderen Regionen Schule zu machen beginnt, sorgt dafür, dass die Bauern ihren Reis nicht gerade dann verkaufen, wenn alle Konkurrenten dasselbe tun und der Preis dann schnell nach unten durchbricht. Die von der JICA eingeführte Methode zielt vielmehr darauf ab, dass die Bauern nach der Ernte mit dem Verkauf noch etwas warten: Zu diesem Zweck veräußern sie den Reis zunächst an das Projekt und erhalten dafür erst einmal lediglich 50% des zu erwartenden Endpreises. Wenn der Reispreis am Markt wieder zu steigen beginnt, haben sie dann Gelegenheit, den beim Projekt eingelagerten Reis nun wirklich zu verkaufen und dafür angemessene Gewinne zu erzielen. Mit diesen Gewinnen zahlen sie den vom Projekt vorgeschossenen halben Betrag zurück (dazu AKP, in BBC, 25.1.05).

Neben dieser Politik des Kampfes gegen Preisschwankungen beginnt sich drittens auch eine gerechtere Bodenzuweisung bemerkbar zu machen. Die Unsicherheit bei der Verteilung von Boden, der nach wie vor dem Staat gehört und der den Bauern im Losverfahren zur Verfügung überlassen wird, hat in der Vergangenheit zu zahlreichen Übergriffen von Spekulanten und korrupten Beamten auf Ackerfelder geführt und soziale Spannungen hervorgerufen, die von Hun Sen als „revolutionär bedrohlich“ bezeichnet wurden (dazu SOAa, 3/2005, Dok22).

Noch im Jahr 2000 war ein Fall von Bodenraub bekannt geworden, in dem ein armer Bauer, der mehrere Jahre lang Minen geräumt und dadurch eine für seinen Lebensunterhalt ausreichende Ackerfläche zurückgewonnen hatte, diesen mühsam erarbeiteten Boden durch den Handstreich eines lokalen Generals wieder verlor. Eines Tages kamen Bulldozer angerollt, um das Gelände für einen Kasinobau aufzubereiten. Als der Bauer protestierte, bekam er den Bescheid, dass er doch bitte seine Beschwerden bei den Behörden vorbringen möge; die Leute dort seien allerdings gute Bekannte des Generals, so dass die Chancen auf einen erfolgreichen Ausgang des Widerspruchs ziemlich gering seien (Bericht in IHT, 7.4.00). Blitzartig tauchte hier eine Grundsituation auf, die sich im Kambodscha der Gründerzeit (1993ff.) schon hundertfach abgespielt hat, nämlich die Konfrontation zwischen landlosen Bauern, die sich ein Stück Auskommen geschaffen hatten, und den Geschäftsinteressen mächtiger militärischer und kaufmännischer Kreise. Diese Streitigkeiten um Grund und Boden machen auch jetzt noch den Hauptanteil der sozialen Auseinandersetzungen auf den Dörfern und – nach Meinung der Weltbank – im Bereich der Justiz mit „bis zu 80% aller gerichtlichen Streitigkeiten“ aus (dazu WSJ, 28.2.06; Phnom Penh Post, 22.4.-5.5.05).

Diese Konfrontation traf lange Zeit auch auf die Neuverteilung von Boden zu. Jährlich werden rund 30.000 ha für den landwirtschaftlichen Anbau neu erschlossen, wobei mindestens zwei Drittel des Neulands dem Anbau von Rohstoffpflanzen vorbehalten sein sollen, nämlich von Gummibäumen, Cashewnüssen, Kaffee, Kokosnüssen und von Ölpalmen. Hierbei geht die Regierung davon aus, dass Bauern mit Obstgärten von 2 ha Fläche bereits ein Auskommen oberhalb der Armutsgrenze finden können. Außerdem werden durch Kulturen dieser Art auch zahlreiche Arbeitsplätze neu geschaffen und dadurch wiederum die Einkommensmöglichkeiten der ländlichen Bevölkerung erhöht.

Sozialpolitisch kommt der Zuteilung von Neuland also eine kaum zu unterschätzende Bedeutung zu. Daher empfiehlt die Regierung, bei der Bodenverteilung stets darauf zu achten, dass Kleinbauern der Zuschlag vor größeren Privatfirmen und erst recht vor Plantagenbetrieben erteilt werde. Gleichzeitig mit der Bodenzuteilung seien Partnerschaftsverträge zu unterzeichnen, die es den neuen Eigentümern ermöglichen, sich sowohl mit Maschinen als auch mit den benötigten technischen Fertigkeiten auszustatten. Nicht zuletzt müsse angesichts notorisch unsicherer Wetterverhältnisse auch für eine möglichst gleichmäßige Bewässerung gesorgt werden, wobei erschwingliche Pum-

pensysteme den besten Dienst leisten könnten (Einzelheiten dazu www.cdc-crdb.gov.hk/cdc/socio_economic/economic_sector.htm, Aufruf: 19.10.03).

All diesen theoretischen Vorgaben zum Trotz stehen sich auf den Dörfern allerdings nach wie vor zwei Interessen frontal gegenüber, nämlich auf der einen Seite das Nutzungsbegehren der vielen Bauernfamilien, die angesichts wachsender Nachfrage nach Nahrungsmitteln den Boden möglichst uneingeschränkt für den landwirtschaftlichen Anbau benötigen und auf der anderen Seite die Profitneigungen von Spekulanten, denen es meist nur um höhere Gewinne bei Immobiliengeschäften geht und die mit Hilfe korrupter Konzessionsbeamter auf Kosten der anbauwilligen Bauern Boden erwerben, um ihn dann allerdings nicht etwa landwirtschaftlich zu nutzen, sondern auf einen günstigen Augenblick zu warten, um die Nutzungsrechte wieder Gewinn bringend an Interessenten zu verkaufen. Der Konflikt wird noch dadurch verschärft, dass sich viele nutzungsbe-rechtigte Bauern, denen das Kapital zu einem zweckentsprechenden Feldanbau fehlt, gezwungen sehen, Teile ihrer Konzessionen an die meist wohlbetuchten Spekulanten zu verkaufen und dadurch die Problematik noch um zusätzlichen sozialen Sprengstoff anzureichern. Korruption, Spekulation und Landlosigkeit der Bauern gehen hier also eine brisante Mischung ein.

Seit im Dezember 2000 die erste offizielle Bodenregistrierung durchgeführt wurde (dazu SOAa, 3/2005, S.31), hat sich die Lage geringfügig gebessert, wenn- gleich das Problem noch lange nicht verschwunden ist. Immerhin zeigen sich erste Erfolge der neuen Bodenzuteilungspolitik nun auch in den Ernteergebnissen. (vgl.auch SOAa, 2/2005, Ü11).

Einen vierten Beitrag zur günstigen Ernte der Jahre 2005 und 2006 dürfte übr- ighens auch die neue Frauenpolitik in der Landwirtschaft erbracht haben, die bei verschiedenen Landwirtschaftskonferenzen beschlossen wurde. Das von der ADB unterstützte Programm sieht Kredite für den landwirtschaftlichen Sektor vor, de- ren Vergabe sorgfältiger auf die bisher unbeachtet gebliebenen Beiträge der Frauen in der Landwirtschaft abgestimmt werden soll (www.maff.gov.kh/news/acw2006, Aufruf: 19.8.06; vgl. auch SOAa, 5/2006, S.127-130).

Fünftens ergeben sich weitere Möglichkeiten zur Optimierung der bäuerlichen Einkommen dadurch, dass nicht nur Reis angebaut wird, sondern dass die Bauern daneben noch weitere Möglichkeiten für ein Zusatzeinkommen wahrnehmen, sei es durch Viehzucht oder aber durch Fischzucht in den über das ganze Land verteilten Seen und Weihern. Außerdem wird die Anpflanzung von Obstbäumen empfohlen. Allerdings erfordert der Aufbau all dieser Nebensektoren Kapital,

das knapp ist und das durch (nach wie vor allzu rare) Mikrokreditinstitute besser verteilt werden müsste. Vor allem Viehhaltung und Kleinplantagen für die Rohgummigewinnung erfordern hohe Anfangsinvestitionen.

Neue Chancen haben sich den Bauern auch mit der Ausfuhr von Bioprodukten eröffnet. Lange Zeit war das Ackerland Kambodschas ja mit zahlreichen Pestiziden bearbeitet worden. Ausländische Chemielieferanten, u.a. die Bayer AG, waren in diesem Zusammenhang in Misskredit geraten (dazu WSJ, 22.1.03). Aufgrund der Empfehlungen der WHO, aber auch der eigenen Landwirtschaftsbehörden, gehen die Bauern mittlerweile wieder dazu über, möglichst nur noch natürliche Düngemittel einzusetzen (SCMP, 27.5.04).

Auch Frankreich hat sich inzwischen eingeschaltet und fördert – ganz in der Tradition der einstigen Protektorsregierung – den Anbau von Gummibäumen (zur Kautschukproduktion s. SOAa, 6/2003, S.544f.; XNA, 29.4.04).

Nicht zuletzt beginnen auch Hühnerzucht und Eierproduktion mittlerweile wieder Gewinne abzuwerfen, zumal die Vogelgrippe, die in den Nachbarländern Vietnam und Thailand verheerende Auswirkungen hatte, sich für die kambodschanischen Bauern paradoxerweise sogar als durchaus segensreich erwies, insofern sich nämlich die Verkaufspreise für Geflügel und Eier im Jahr 2004 beträchtlich erhöht hatten, und zwar von umgerechnet 1,75 USD pro kg auf 2,25 USD (XNA, 4.5.04).

Kinderelend

Ausgehend von seinen Sozialdaten, vor allem aber hinsichtlich der Kinderpolitik, bildet Kambodscha das Schlusslicht der Region Südostasien, und zwar sowohl bei der Situation der Kleinkinder (bis zum fünften Lebensjahr) als auch bei älteren Kindern (5 bis 14 Jahre).

Die Sterblichkeit lag 2004 bei Kindern unter einem Jahr bei 97:1000 und bei Kindern bis fünf Jahre bei 141:1000, wobei – im Gegenzug – der Bevölkerungsanstieg allerdings mit nicht weniger als 3% ungewöhnlich steil ausfiel (422.000 Geburten bei 13,8 Mio. Einwohnern).

Kambodscha hat den traurigen Ruf, in puncto Kindersterblichkeit mit an der Weltspitze zu stehen. In den Jahren 2000 bis 2005 starben p.a. im Durchschnitt 55.000 Kinder im Alter von unter fünf Jahren. Hauptgründe für diese hohe Todesrate waren mangelnde Ernährung und eine Reihe von Leiden wie Durchfall, Malaria, Meningitis und Atembeschwerden. Hinzu kommt, dass viele Frauen ihren

Nachwuchs zu einer Zeit gebären, in der sie selbst noch Kinder sind (Näheres in SOAa, 2/2002, S.241).

Besorgniserregend war (ebenfalls 2004) die niedrige Lebenserwartung (57 Jahre), der hohe Analphabetismus (26% der über 15-Jährigen), das niedrige Pro-Kopf-Einkommen (320 USD p.a.), die beträchtliche Zahl von Säuglingen mit Untergewicht (= weniger als 2.500 g, insgesamt 11%), der Mangel an sicherem Trinkwasser (für 42% der Bevölkerung in den Städten und 71% auf dem Land) und der Mangel an sanitären Anlagen (für 47% der Bevölkerung in den Städten und 92% auf dem Land). Immerhin waren mit internationaler Unterstützung die meisten Kinder schon vor Vollendung des ersten Lebensjahres geimpft, und zwar (wiederum 2004) 95% gegen Tbc, 92% gegen Diphtherie und 86 % gegen Kinderlähmung; 51% der Schwangeren hatten eine Tetanusimpfung bekommen (www.unicef.org/infobycountry/cambodia_statistics.html, Aufruf: 22.10.2006)

Auch bei der Ausbildung der Kinder ist Kambodscha weit davon entfernt, eine gute Figur zu machen: Zwar hatten in den Jahren 2000 bis 2004 96% der Jungen und 91% der Mädchen im schulpflichtigen Alter den Schulbesuch angetreten, doch nur 66% bzw. 65% die Schule auch beendet.

Noch unbefriedigender ist das Bild beim Sekundarschulbesuch. Hier traten zwischen 2000 und 2004 zwar 31% der Jungen, aber nur 20% der Mädchen den Schulbesuch an. Von den Ersteren hielten 21%, von den Letzteren dagegen nur 13% bis zum Schluss durch.

Nicht besonders gut ist es auch um den Schutz der Kinder bestellt. Weit verbreitet ist nach wie vor Kinderarbeit – oder vielmehr Sklavenarbeit!

Mit Kinderarbeit ist eine systematische Heranziehung Minderjähriger zu gewerblicher Beschäftigung gemeint, die nicht selten mit Schuleschwänzen und bisweilen sogar mit gesundheitlicher Gefährdung einhergeht. Offiziell lässt das Arbeitsgesetz von 1997 gewerbliche Arbeit erst ab 18 Jahren zu. Kinder im Alter zwischen 12 und 15 Jahren dürfen zu „leichten Arbeiten“ herangezogen werden, die nicht gefährlich sind und die vor allem das betreffende Kind nicht vom Schulbesuch abhalten. Ein einschlägig damit befasster regierungsamtlicher Arbeitsberatungsausschuss bestimmt, was unter „Arbeit“ und was unter „gefährlich“ zu verstehen ist (z.B. Arbeiten in Steinbrüchen oder auf Müllhalden).

In Kambodscha ist die Zahl der beschäftigten Kinder schon deshalb ganz besonders groß, da die 15- bis 17-Jährigen fast die Hälfte der Bevölkerung stellen. 2,8 Mio. dieser Kinder – also rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes – werden zu mehr oder weniger regelmäßiger Arbeit herangezogen, davon 87% in

der eigenen Familie als unbezahlte Arbeitskräfte zumeist in der Landwirtschaft. Durchschnittlich arbeiten Mädchen 513 Stunden pro Jahr und Jungen 295. 3,6% arbeiten, wie es heißt, an Maschinen, sind also möglicherweise mit gefährlichen Arbeiten befasst, weil sie bspw. in Ziegeleien oder in der Latex-Verarbeitung schuften. Im wichtigsten industriellen Sektor des Landes, nämlich in der Textilindustrie, tauchen sie allerdings kaum auf. Ihr eigentlicher Bereich ist vielmehr der informelle Sektor, wo keine Behörde sie überwachen kann.

Die meisten Kinderarbeiter sind, wie erwähnt, mit Arbeiten in der Landwirtschaft oder der Fischerei beschäftigt. Kinder des ärmsten Fünftels der Bevölkerung tragen bis zu 12% zum Haushaltseinkommen ihrer Familien bei (SOAa, 1/2004, S.49f.).

Durch die Arbeit kommt es, wie erwähnt, häufig zum Fernbleiben von der Schule. Dies war in den Jahren 2003 und 2004 bei 12,4% der Jungen und bei 14,9% der Mädchen der Fall.

Mit Sklavenarbeit ist die Arbeit von Kindern gemeint, die für gewerbliche Zwecke verkauft werden. Obwohl das Gesetz gegen Entführung, Menschenhandel und Ausbeutung hier Freiheitsstrafen zwischen 15 und 20 Jahren vorsieht, entwickelt sich dieser Geschäftszweig weiterhin schwunghaft, vor allem mit Kindern und mit jüngeren Frauen, die häufig der Sexindustrie zugeführt werden. Vermutlich bis zu 50.000 Prostituierte in Kambodscha sind Opfer solcher Handelstransaktionen. Erkenntnissen der kambodschanischen Frauenorganisation zufolge waren bis März 2003 rund 88.000 Kambodschanerinnen nach Thailand verkauft worden – die meisten davon in Bordelle. Rund 60% der Betroffenen gaben an, dass sie gegen ihren Willen dorthin gezwungen worden seien. Opfer solcher Transaktionen seien meist Waisenkinder und Witwen sowie Frauen, die unglückliche Erfahrungen mit ihren Freunden hätten sammeln müssen. Seit einem Jahrzehnt stehe Kambodscha international im Ruf eines Landes, in dem Sextouristen und Pädophile „kaufen können, was immer sie wollen“ (Näheres dazu SOAa, 5/2003, S.247; dort auch Ausführungen über das berüchtigte unter allen Rotlichtvierteln Phnom Penhs, das elf km nördlich des Zentrums liegende Dorf Svay Pak).

Zur Ungeschütztheit kambodschanischer Kinder gehört auch die Tatsache, dass Kinderehen mit 25% aller Verehelichungen weit verbreitet sind (www.unicef.org/infobycountry/cambodia_statistics.html, Aufruf: 22.10.2006).

2002 erging ein Gesetz, das Kinder, d.h. alle Personen unter 18 Jahren, in mehrfacher Hinsicht schützen soll, nämlich vor der Einbeziehung in Militärkon-

flikte (sowie vor der Einziehung zum Militär), vor sexuellem Missbrauch, vor Menschenhandel und vor der Verwertung in der Bilderwelt der Sexmedien.

Anlass hierfür lieferten nicht nur die Erinnerungen an die Kindersoldaten aus der Khmer-Rouge-Zeit und die zunehmende Gewalt gegen Kinder, sondern auch die traurige Tatsache, dass sich schon damals unter den 80.000 bis 100.000 Prostituierten in Kambodscha nicht weniger als 30% Personen im Alter unter 18 Jahre befanden, dass ferner im Jahr 2001 nicht weniger als 2.592 Kinder an AIDS starben und dass im selben Jahr 2.614 weitere Kinder mit HIV/AIDS angesteckt wurden.

Auch Kinderkriminalität ist in Kambodscha weit verbreitet. Im Jahr 2002 gab es allein in Phnom Penh über 19.000 Straßenkinder, die sich mit Straßenkehrerei, mit Bettlei und mit Prostitution über Wasser hielten. In ihrer Not waren sie anfällig für Bandenbildung, Taschendiebstahl und nicht zuletzt auch für Drogenhandel.

Ein Problem für die Gesellschaft stellt nicht zuletzt die Bereitschaft vieler Ausländer dar, kambodschanischen Nachwuchs zu adoptieren. So sehr die meisten Kinder, denen dieses Schicksal widerfährt, von Glück reden können, so unerträglich sind andererseits die immer häufiger vorkommenden Transaktionsgeschäfte, in deren Vollzug organisierte Banden den Eltern Kinder regelrecht ab- und für viel Geld an Ausländer weiterverkaufen.

Vom zweifelhaften Glück, Kambodschanerin zu sein

Schon wenige statistische Angaben machen deutlich, dass Kambodscha von einer wirklichen Gleichberechtigung, wie sie in der Verfassung (Art. 31 II, 34-36) so unzweideutig formuliert wird, noch Äonen entfernt ist.

Die Unterschiede beginnen bereits, wie oben dargelegt, beim Besuch der Schule, vor allem bei der sekundären oder gar der tertiären Ausbildung. setzen sich fort beim Analphabetismus (Männer 15%, Frauen 36% – also mehr als doppelt so viele), zeigen sich bei der Berufsausbildung (nur 32% haben bis zum Berufsantritt tatsächlich eine Ausbildung absolviert) und treten besonders deutlich bei den meist unterschiedlichen Arbeitsbelastungen zutage: Auf den Schultern der Frauen ruhen z.B. die meisten bäuerlichen Arbeiten – und auch unter den 290.000 Arbeitern in den heutigen Textilbetrieben stellen sie den Löwenanteil der Arbeitskraft.

Im gebärfähigen Alter leben sie nach wie vor riskanter als andere Frauen der Region: Nur 24% benutzen Verhütungsmittel, nur 32% werden während der

Schwangerschaft medizinisch betreut, und auch die Kindbettsterblichkeit gehört mit 450: 1000 zu den Rekordwerten Südostasiens.

Auch HIV/AIDS-Risiken sind sie wesentlich stärker ausgesetzt als Männer, die meist besser über Gefahren und Gefahrenabwehr Bescheid wissen und denen übrigens neuerdings (selbst von der Regierung) vorgehalten wird, sie übertragen das tödliche Virus allzu häufig auf ihre Ehefrauen und damit letztlich auch auf die Kinder. Nach Feststellungen der nationalen AIDS-Behörde gehen die Ansteckungen hauptsächlich auf heterosexuellen Geschlechtsverkehr zurück. In der Regel bringen Männer ihre HIV-Infektion von Prostituierten mit nach Hause und stecken dort ihre Ehefrauen an, die in einer Kettenreaktion die Krankheit an ihre Kinder weitergeben. 2% der kambodschanischen Frauen, die sich im Laufe ihrer Schwangerschaft bisher einem Bluttest unterzogen haben, waren mit HIV/AIDS infiziert – mit der Folge, dass 4.000 Babys ebenfalls vom Virus befallen wurden.

Gleichwohl werden Kambodschanerinnen statistisch um 14% älter als ihre männlichen Geschlechtsgenossen (Angaben von 2004). Lag die Lebenserwartung beider Geschlechter im Jahr 1970 noch bei gerade einmal 44 Jahren, so ist sie 1990 auf 55 Jahre und 2004 auf 57 Jahre gestiegen. Bei beiden Geschlechtern war andererseits der Urbanisierungsgrad gleich und lag 2004 bei 19%.

Für Kambodschas Einwohnerschaft sind heutzutage vier Merkmale charakteristisch: Sie ist (1) jung (rund 42% sind unter 14 Jahren) und sie weist (2) einen beträchtlichen Frauenüberschuss auf – eine Tatsache, die damit zusammenhängt, dass in den Jahren der Pol-Pot-Herrschaft Hunderttausende von Männern den politischen Verfolgungen der Khmer Rouge zum Opfer fielen (auf 100 Frauen kommen im Durchschnitt zwar 93 Männer, in der Altersgruppe über 50 Jahre aber nur 85 und in der über 60 Jahren sogar nur 72 Männer – erneut eine Folge der Pol-Pot-Jahre von 1975 bis 1978). Darüber hinaus (3) liegt die Bevölkerung mit einem Zuwachstempo von 2,94% p.a. an der Spitze Asiens, und nicht zuletzt (4) sind rund 134.000 Menschen invalidisiert – meistens Minenopfer (dazu SOAa, 2/2001, S.158, 3/2002, S.243f.).

Kopfzerbrechen bereiten den Sozialpolitikern auch die 20 Nationalitäten, die auf kambodschanischem Territorium leben. Zwar gehören nicht weniger als 90% der Einwohnerschaft zur Khmer-Bevölkerung, haben also Khmer als Muttersprache und bekennen sich größtenteils zum Theravada-Buddhismus. Gleichwohl ziehen die zahlenmäßig so geringfügig vertretenen Minoritäten immer wieder überproportionale Aufmerksamkeit auf sich. Minderheiten, die besonders stark im Mittelpunkt stehen, sind die Auslandsvietnamesen (rund 4% der Bevölkerung),

die Auslandschinesen (ebenfalls rund 4%) und die islamischen Cham (nur noch 2-3%). Wegen der Besonderheiten, die bei diesen Gruppen vorherrschen, ist auf ihre soziale Situation hier nicht näher einzugehen (vgl. u.a. SOAa, 1/2001, S.71).

Beim Thema Frauen taucht immer wieder die Frage auf, wie sich der Schutz für Frauen (und Kinder) verbessern lässt.

Obwohl die Frauen in Kambodscha 54% der Gesamtbevölkerung und 73% der Arbeitskräfte stellen (der höchste Prozentsatz unter allen asiatischen Ländern, wie immer wieder betont wird), sind sie an den staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen bei weitem nicht ihrem Anteil und ihrer Leistung entsprechend beteiligt.

Abgesehen davon, dass nicht nur die gesellschaftliche Diskriminierung der Frau fortbesteht, ist es in den vergangenen Jahren auch noch zu einer Zunahme direkter Gewalt gegen sie gekommen – angeblich stieg die Gewalt in der Familie zwischen 2000 und 2001 um 19,8% (zu den Messkriterien werden hier keine Angaben gemacht): möglicherweise eine Spätfolge der Brutalisierung durch Jahre der Pol-Pot-Herrschaft und der Nachkriegswirren.

Die Gewalt setzte sich in eher indirekter Form auch auf anderen Gebieten fort: Frauen werden vielfach entweder zu Diensten in Nachtclubs, in Diskotheken und in Bordellen gezwungen oder werden, wie erwähnt, nicht selten von ihren Ehemännern im Anschluss an Bordellbesuche mit HIV/AIDS angesteckt.

Bereits im Dezember 2001 hat die Regierung eine Verordnung über die Schließung aller Diskotheken und Nachtclubs erlassen, um auf diese Weise dem Sexhandel den Boden zu entziehen. Außerdem setzte das Innenministerium über 500 Polizisten landesweit im Kampf gegen den Frauen- und Kinderhandel ein. Wegen der weit verbreiteten Beamtenbestechung werden Schutzbestimmungen allerdings nicht immer in die Praxis umgesetzt.

Seit dem Internationalen Frauentag vom 8. März 1999 ist eine Diskussion über die verstärkte Mitbeteiligung von Frauen in staatlichen und betrieblichen Institutionen in Gang gekommen. Das Ministerium für Angelegenheiten von Frauen und Veteranen hatte damals eine Fünfjahreskampagne gestartet, deren Ziel es war, den Frauen in politischen Führungsgremien mehr politische Positionen – wenigstens 30% – und damit auch mehr Einfluss zu verschaffen. Die Forderung sei Folge eines gewachsenen Selbstbewusstseins der Frauen, die seit den Massenmorden der Roten Khmer begonnen hätten, immer mehr Positionen auszufüllen, die früher ausschließlich Männern vorbehalten waren. Eine Verbesserung des Frauenschicksals verspreche man sich nicht nur von besseren Ausbildungsprogrammen,

verringert Armut und dem verstärkten Kampf gegen Frauenhandel, sondern eben auch von der verstärkten Partizipation in Entscheidungsgremien.

Prinz Ranariddh reagierte besonders positiv auf Vorschläge dieser Art, indem er darauf hinwies, dass er auch nichts gegen eine Ministerpräsidentin einzuwenden hätte.

Ein erstes Echo haben diese Mitbeteiligungsforderungen bei den Kommunalwahlen vom 3. Februar 2002 gefunden (vgl. SOAa, 2/2002, S.159f.). Im ganzen Land nämlich wurden 900 Frauen als Gemeinderäte gewählt, und zwar aus einer Kandidatenzahl von 12.000 Bewerberinnen. Sie besetzten damit etwa ein Zwölftel der zu vergebenen Positionen – genau genommen also immer noch ein Minusrekord.

Nicht nur in den Kommunen, sondern auch bei der Zentrale in Phnom Penh soll die Frauenquote erhöht werden. Bisher gibt es dort lediglich zwei Ministerinnen, nämlich an der Spitze des Kultur- und des Frauenressorts, während 16 weitere Frauen in der Nationalversammlung und vier im Senat, also innerhalb der beiden wichtigsten Gesetzgebungsgremien, aktiv waren.

Im Umfeld des Frauentags von 2002 wurde nun die Forderung erhoben, dass in drei weiteren Ministerien Frauen eine Spitzenposition erhalten sollten, und zwar im Erziehungs-, im Gesundheits- und im Justizministerium, sei es nun als Staats- oder Unterstaatssekretärinnen oder sei es in der Position von Abteilungsvorständen (SOAa, 3/2002, S.241).

Am 8. März 2002 beschloss die Regierung in Phnom Penh, einen Nationalen Frauenrat einzurichten und ihn mit 19 Mitgliedern zu besetzen. Zweck des Gremiums sollte es sein, verstärkt für Gleichberechtigung und für eine „gewaltfreie Gesellschaft“ einzutreten. Gewalt finde ja nicht nur in der Familie statt, sondern habe sich z.B. auch im Vorfeld der Kommunalwahlen ereignet: Unter den 20 Opfern des Wahlkampfs hätten sich nicht weniger als drei Frauen befunden (ebenda).

Gesundheitswesen und versuchte Aids-Prophylaxe

Malaria, Denguefieber sowie Filariasis (Würmer im Lymphgefäßsystem) und Schistosomiasis (Würmer im Venensystem) sind die schlimmsten Ansteckungskrankheiten in Kambodscha. Noch mehr Sorgen bereitet mittlerweile aber HIV/AIDS, selbst wenn inzwischen im Kampf gegen dieses neue Übel Erfolge erzielt werden konnten. Lag die Zahl der angesteckten Personen (im Alter zwischen 15 und 49

Jahren) im Jahr 1997 noch bei 3,9%, so war sie 2001 auf 2,8% zurückgegangen, lag damit aber in ganz Südostasien immer noch an der Spitze (Einzelheiten in SOAa, 2/2003, S.153).

Seit der erste einschlägige Fall im Jahr 1991 auftauchte, haben sich Zehntausende mit HIV/AIDS angesteckt. Ende 2003 waren 2,6% aller Erwachsenen (im Alter zwischen 15 und 49 Jahren) mit HIV infiziert – die höchste Infektionsrate in Südostasien. Bei einer Gesamtbevölkerung von 12,8 Mio. waren 157.000 Menschen HIV-positiv, weitere 22.000 bereits an AIDS erkrankt (WSJ, 29.8.03).

Überdies hätten zwischen 2000 und 2005 nicht weniger als 85.000 Kambodschaner durch AIDS ihr Leben verloren. Darüber hinaus behindere HIV/AIDS insofern eine schnellere soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes, als dass die Armutsücke nicht schnell genug verkleinert werden könne.

Trotz dieser rabenschwarzen Lage sollte man bedenken, dass die Zustände vor wenigen Jahren in Kambodscha noch wesentlich düsterer waren: Hatte es dort Ende 1991 lediglich zwei AIDS-Kranke gegeben, so war ihre Zahl schon zwei Jahre später auf 20.000 und im Jahr 2000 auf rund 160.000 Infizierte angestiegen. Den Höhepunkt bildete das Jahr 1998 mit einem Ansteckungsrekordwert von 3,3% der Bevölkerung. Bis 2000 lag diese Zahl dann allerdings nur noch bei 2,8% und 2002 bei 2,6% (Einzelheiten dazu in SOAa, 6/2002, S. 559f.). 2003 ist die Ansteckungsrate sogar auf 1,9% zurückgegangen, doch liegt Kambodscha auch damit immer noch an der Spitze unter den ASEAN-Ländern. Außerdem werden von der tödlichen Krankheit mittlerweile drei neue Gruppen besonders stark erfasst, nämlich Bewohner abgelegener Regionen, verheiratete Frauen und Kinder. Frauen sind inzwischen viermal stärker betroffen als Männer.

Was lässt sich gegen dieses Übel ausrichten und wie hat die Politik bisher ihre Aufgaben wahrgenommen?

Zur offiziellen Gesundheitspolitik gehören erstens Aufklärungsaktionen über Ursachen und Wirkungen von Ansteckungskrankheiten, die nicht selten auch im Rahmen der Armutsbekämpfung betrieben werden (und deshalb auch international schnell Unterstützung finden), zweitens die Bekämpfung des Drogenhandels, drittens größere Impfungaktionen und nicht zuletzt der Aufbau eines nationalen Gesundheitssystems, der allerdings a priori mit einer schweren Hypothek belastet ist – nämlich der Tatsache, dass der medizinische Nachwuchs jahrelang durch Khmer-Rouge-Verfolgungen dezimiert wurde. Kaum 50 von vorher 1.000 Ärzten haben die Verfolgungen der Jahre 1975 bis 1979 überlebt.

Seit dem Jahr 1989, vor allem aber seit Ausrufung des Königreichs im Jahr 1993, arbeiten die UNO und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen sowie das nationale Gesundheitsministerium am Aufbau eines neuen Gesundheitssystems: Hierbei wurde Kambodscha als Ganzes in 69 Distrikte unterteilt, denen jeweils ein Krankenhaus und ein Netzwerk von Gesundheitszentren (für jeweils 100.000 bis 200.000 Menschen) zugeordnet wurde.

Gebühren, wie sie im Jahr 1997 eingeführt wurden, sind nach wie vor niedrig und werden armen Patienten meist sogar erlassen.

Ein weiteres Element der Gesundheitspolitik, das nicht zuletzt dem Kampf gegen Wurmkrankheiten dient, ist die Versorgung der Bevölkerung mit hygienisch sauberem Wasser. 2002 erging ein Gesetz über die Wassersicherung, dessen Ziel es ist, immer weitere Teile der Bevölkerung mit sauberem Wasser zu versorgen. Das Vorhaben wird allerdings immer wieder durch schwere Überschwemmungen gefährdet, die ihrerseits Folgeerscheinungen großflächiger Abholungen sind. Soziale und ökologische Defizite greifen hier also ineinander.

Immerhin beginnt man sich auf Praktiken der Angkor-Monarchie zurückzubesinnen, die mit der Anlage riesiger Stauwerke Jahrhunderte lang Erfahrungen sammeln konnte, vor allem im Umfeld des nordwestkambodschanischen Tonle-Sees, der auch jetzt wieder im Zentrum nationaler Rehabilitierungsversuche steht.

Was die Bekämpfung von HIV/AIDS anbelangt, so hat die Regierung am 22. Februar 2006 einen Nationalen Strategischen Plan für den Fünfjahreszeitraum von 2006 bis 2010 erlassen, in dem einige der oben genannten Erkrankungszahlen aufgeführt sind (SOAa, 4//2006, S.129-131).

Die kambodschanische nationale AIDS-Behörde geht davon aus, dass im Gefolge der Krankheit der kambodschanischen Volkswirtschaft jedes Jahr seit 1999 Schäden in Höhe von rund 100 Mio. USD entstehen. Besonders kostenträchtig seien die Ausgaben für den Kauf von Medizin, für den Unterhalt und die Verpflegung Kranker sowie für die Pflege von Waisen, deren Eltern an AIDS gestorben sind.

Nach kambodschanischen Schätzungen werden bis 2010 jährlich vermutlich 20.000 Menschen an AIDS sterben. Am schlimmsten betroffen seien zzt. verheiratete Hausfrauen, die von ihren Ehemännern infiziert werden und die dann die Krankheit an ihre kleinen und auch an ihre ungeborenen Kinder weitergeben. Von 20 Neuansteckungen pro Tag traf die Mehrzahl in den Jahren 2003 und 2004 diese Opfergruppen (XNA, 3.4.04). Während die Zahl der Neuansteckungen bei

Ehefrauen zunimmt, geht sie paradoxerweise bei Prostituierten zurück und fiel bspw. von 42% im Jahr 1998 auf 29% i.J. 2002 – mit weiter nach unten weisender Tendenz (XNA, 2.12.02).

Die Regierung will den Kampf gegen die Krankheit, wie bereits erwähnt, durch verbesserte Aufklärung, aber auch durch sozialstrategische Gesamtmaßnahmen und nicht zuletzt durch polizeiliche Mittel betreiben. In der Tat seien die Verbesserungen in den letzten Jahren größtenteils auf verstärkte Aufklärung zurückzuführen. Nach einer regierungsamtlichen Umfrage unter 16.000 Frauen hatten bereits 95% von der HIV/AIDS-Gefahr Grundkenntnisse; 91% wussten um die Gefährlichkeit des AIDS-Virus, und zwar aufgrund von Fernseh- und Radiosendungen. 72% wussten, dass die Gefahr vor allem durch die Benutzung von Kondomen verringert werden kann. Auch war den meisten bekannt, dass 50% aller HIV-Ansteckungen von Ehemännern auf ihre Ehefrauen erfolgen (XNA, 13.10.03).

Die Regierung betrachtet den stillen Killer HIV/AIDS als so schicksalhaft für die weitere Entwicklungspolitik, dass sie Bekämpfungsmaßnahmen sowohl in ihren sozioökonomischen Entwicklungsplan II als auch in ihre nationale Armutsbekämpfungsstrategie aufgenommen hat. Darüber hinaus befürwortet sie Massenkommunikationskampagnen. 2004 wurde bspw. eine 25-monatige Kampagne eingeleitet, in der Aufklärungsspotspots ohne Unterlass durch Fernsehen und Radio ausgestrahlt wurden, und zwar in 21 der 24 Provinzen – also empfangbar für über 90% der Bevölkerung (XNA, 5.5.04). Ausländische Medien bezeichneten dies als „Marathon im Kampf gegen AIDS“ (Phnom Penh Post 13/08, 9.-22.4.04).

Die Regierung wollte statt auf medikamentöse lieber auf soziale Bekämpfungsmittel zurückgreifen und verstärkt auch bei der HIV-Bekämpfung ihre oben im Rahmen der Allgemeinpolitik erwähnten Methoden wie Aufklärung, Bekämpfung des Drogenhandels, Impfungsaktionen. Außerdem ließ sie eine Reihe von Bordellen schließen und errichtete bspw. anlässlich großer Feste wie dem Drachenbootrennen, an dem Jahr für Jahr Tausende von Wettbewerbern und Zuschauern teilnehmen, einen Cordon sanitaire vor den Rotlichtvierteln ein. Maßnahmen wie die letztgenannte Aktion waren, wie die Regierung meint, so erfolgreich, dass im November 2002 „weniger als 10% der Bootswettkämpfer im Anschluss an die Wettbewerbe Bordelle aufsuchten“ und dass dadurch die Ansteckungsgefahr für sie drastisch reduziert wurde (XNA, 26.11.02).

Auch die Bekämpfung des internationalen Pädophilennetzwerkes, das sich um die Kinderprostitution Kambodschas herum aufgebaut hat, verspricht eine Verrin-

gerung von Ansteckungsgefahren. Kinderprostitution wiederum ist eine Folge von Armut, mangelnder Erziehung, Schwäche des Justizsystems sowie unzureichender sozialer Strukturen und müsste deshalb vor allem durch Armutsbekämpfungsmaßnahmen, bessere Aufklärung und durch polizeiliche Maßnahmen gegen Pädophile angegangen werden – ein Teufelskreis!

Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang hat Hun Sen anlässlich einer Fernsehansprache im August 2005 darauf hingewiesen, dass „reiche Länder die Ursache vieler Probleme für arme Länder, also auch für Kambodscha“, seien (TV Kampuchea, in BBC, 16.8.05).

Ökologische Maßnahmen

Stiefmütterlicher Umgang mit den Wäldern

Kambodschas bewaldete Fläche ist von 70% Anfang der 1970er Jahre auf gegenwärtig rund 35% geschrumpft, sei es nun im Gefolge des Bürgerkriegs oder aber systematischer Abholzaktionen, die für nicht wenige Mitglieder der Regierung offensichtlich überaus profitabel gewesen sind.

Um dem Waldsterben ein Ende zu bereiten, haben die multilateralen Hauptgeldgeber der kambodschanischen Regierung, nämlich der IWF und die Weltbank, beschlossen, künftige Kredite an Kambodscha von strikterer Disziplin in Sachen Forstpolitik abhängig zu machen. Zu diesem Zweck wurde die in London beheimatete NRO Global Witness (GW) im Dezember 1999 mit der Rolle eines „independent monitor on the forest crime monitoring and reporting project“ ernannt, wie es bei der Konferenz der Geberländer im Februar 1999 in Tokyo beschlossen worden war. Aufgabe der Beobachter sollte es sein, darauf zu achten, dass die Regierung das von ihr beschlossene – und zum Bereich der Armutsbekämpfung gehörende – Forstprogramm auch wirklich einhält (SOAa, 2/2003, S.153).

Die Geberkonferenz ist für Kambodschas Finanzen insofern von fundamentaler Bedeutung, als sie 60% der jährlichen Haushaltsausgaben der kambodschanischen Regierung abdeckt.

Da GW den kambodschanischen Abholzungsnetzwerken immer wieder Verfehlungen nachwies, kam es in den nachfolgenden Jahren zu vermehrten Spannungen zwischen der Regierung und der NRO. GW hatte u.a. darauf hingewiesen, dass die Regierung mit nicht weniger als 14 Holzunternehmen Abholzvereinbarungen

getroffen und damit ihre Verpflichtungen zu einer substanziellen Forst-Reformpolitik erheblich verletzt habe.

Allzu viele Profitinteressen seien mit dem Holzeinschlag verbunden, als dass dem Forstfrevel schnell Einhalt geboten werde, hieß es z.B. in GW-Berichten. Stichproben zeigten, dass nach wie vor gewaltige Flächen eingeschlagen würden. Viele unterbezahlte Soldaten, Polizisten und Forstbeamte wirkten am Waldfrevel mit und könnten sich hierbei leider allzu sehr auf die Diskretion der Phnom Penher Behörden verlassen, weil die Regierung nicht nur auf Profitanteile hoffe, sondern überdies auf die Unterstützung lokaler Warlords angewiesen sei.

GW-Mitarbeiter wurden nicht nur mehrere Male per E-Mail bedroht, sondern wie im Juni 2002 vor dem Büro der NRO in Phnom Penh von maskierten Gestalten zusammengeschlagen und im Dezember 2002 von Hun Sen mit Ausweisung und mit der Schließung ihres Büros bedroht. Anlass dafür waren „übertriebene Berichte“ über einen angeblich exzessiven Polizeieinsatz gegen eine Reihe von Demonstranten, die am 5. Dezember vor dem Phnom Penher Umweltschutzministerium ihrem Unmut gegen die Abholzungs politik Ausdruck verliehen hatten.

Lebenselixier Wasser

Kambodscha ist Leidtragender an einem viele Länder der Dritten Welt betreffenden Problem, nämlich einer verstärkt um sich greifenden Wassernot. Dies mag auf Anhieb paradox klingen, da in der Monsunzeit (von Juni bis November) manchmal bis zu einem Drittel des Landes unter Wasser steht und der Besucher bei seinem Anflug auf Phnom Penh glauben kann, sich immer noch über dem Indischen Ozean zu befinden.

Im Gegensatz zu den meisten Dritte-Welt-Ländern ist es daher keineswegs der Wassermangel als solcher, der Kambodscha ähnlich im Griff hat wie bspw. einen der zentralasiatischen Steppenstaaten, sondern es ist (1) die Verschmutzung des Rohstoffs Wasser, die zu Gesundheitsschäden führt. Es ist (2) die unzureichende Wasserkontrolle, die mangels Flutvorsorge sowie mangels eingedeichter Felder heraufbeschworen wird, und es sind (3) vorübergehende Trockenperioden, die im sonst wasserreichen Kambodscha da und dort Wasser knapp werden lassen, vor allem in den Monaten der Trockenzeit (von Dezember bis Februar).

Zu den Aufgaben einer verantwortlichen Gesundheits-, Landwirtschafts- und Armutsbekämpfungspolitik gehört es deshalb, (1) für Wasseraufbereitungsanlagen zu sorgen, (2) Frühwarneinrichtungen sowie Feldeindeichungen (u.a. Terrassen-

anlagen) zu schaffen und (3) Brunnen zu bohren oder über weitere Strecken hinweg Aquädukte anzulegen. Angesichts der hohen Kosten, die mit dem Bau und der Unterhaltung von Wasseraufbereitungsanlagen verbunden sind, kann die Wasserpolitik Kambodschas nicht überall gleichzeitig aktiv sein, sondern muss schrittweise vorgehen, wobei die Hauptstadt Phnom Penh einen nach Lage der Dinge selbstverständlichen Vortritt erhält.

Seit 2001 hat Kambodscha mit ausländischer Hilfe damit begonnen, vor allem im Umfeld der Hauptstadt neue Anlagen zu erstellen (wie das Wasseraufbereitungswerk Phum Prek in Phnom Penh) oder aber Altanlagen aus der Kolonialzeit wieder in Betrieb zu nehmen (z.B. das Wasseraufbereitungswerk Chruoy War). Als die Bauten einsetzten, waren in ganz Kambodscha lediglich 60% der städtischen und 24% der ländlichen Bevölkerung an ein modernes Wassersystem angeschlossen.

Gleichzeitig machten sich die Behörden daran, der Bevölkerung mehr Hygienebewusstsein zu vermitteln. Man diskutierte, hieß es, zwar eifrig über die Schäden, die HIV und AIDS anrichteten, habe bisher aber den „Hauptkiller“ nicht einmal einer Erwähnung für wert befunden, nämlich verunreinigtes Wasser, betonte der Gesundheitsminister bei einer Veranstaltung im Dezember 2003 in Phnom Penh.

Das Jahr 2004 werde unter diesen Umständen zum „Wasserjahr“ ausgerufen. Die Regierung wolle sich alle Mühe geben, die Bevölkerung bis 2012 wenigstens zur Hälfte mit sauberem Wasser zu versorgen. Die Wasserversorgung aber müsse gleichzeitig mit einer besseren Hygiene-Aufklärung Hand in Hand gehen.

Im Zeichen wirtschaftlicher Liberalisierung sind Teile der Wasserversorgung mittlerweile in private Hand übergegangen. Für das Nachbarland Laos waren diese Erfahrungen so interessant, dass dem kambodschanischen Modell eigene Studien gewidmet wurden.

Ein zweites Kapitel der Wasserpolitik sind angemessene Wasserkontrollen. Angesichts der Abholzung vieler Areale kommt es seit Jahren immer wieder zu Überschwemmungen am Mekong und seinen Nebenflüssen, während in der Trockenperiode Wassermangel chronisch zu werden droht.

Angesichts der schnell wachsenden Bevölkerungszahl sieht sich Kambodscha gut beraten, die Aufgabe der Feldbewässerung nicht mehr bloß der Natur – d.h. mehr oder weniger dem Zufall – zu überlassen, sondern die Steuerung in die eigene Hand zu nehmen und zu systematisieren.

Kein Wunder, dass die Wasserkontrolle mit zu einer jener drei Hauptaufgaben der agroökonomischen Entwicklung geworden ist, die seit Jahren im Vorder-

grund stehen, nämlich (1) der Extensivierung und Intensivierung des Feldbaus, (2) der Herstellung günstiger Marktverhältnisse für das Agrobusiness und (3) der schnellen Ausweitung von Irrigationsanlagen (dazu SOAa, 2/2004, S.151f.).

Was schließlich den dritten Zweig der Wasserpolitik anbelangt, so versuchen Regierung und Bevölkerung ihm mit zwei Methoden beizukommen, nämlich erstens mit dem bereits erwähnten Ausbau der Bewässerungsfelder und zweitens mit dem Bohren von Brunnen. Um den letztgenannten Bereich haben sich vor allem chinesische Entwicklungshelfer verdient gemacht, die zwischen 1996 und 2001 rund 1.000 Brunnen in mehreren Provinzen Kambodschas gebohrt und die sich im Dezember 2002 zur Freilegung weiterer 500 Quellen verpflichtet haben. Das Fehlen hygienisch sicheren Trinkwassers sei, wie in diesem Zusammenhang immer wieder betont wurde, das „größte Hindernis für die Armutsbekämpfung und für die Verbesserung des Lebens der 13 Mio. Kambodschaner“ (ebenda).

Abhängigkeit von außenwirtschaftlichen Einflüssen, denen nur schwer beizukommen ist

Die schwerste Hypothek der kambodschanischen Wirtschaft besteht darin, dass sie – trotz verbesserter Ernteergebnisse in den Jahren 2005 und 2006 – immer noch weitgehend auf gerade einmal zwei Beinen vorankommen muss, nämlich dem des Textil- und dem des Tourismussektors. Mit rund 250.000 Textilarbeitern (2006 sogar 290.000) konnten in den vergangenen Jahren allein im Bekleidungsbereich nicht weniger als 90% der Exporteinnahmen erwirtschaftet werden. Mit dem Eintritt freier Wettbewerbsbedingungen auf dem Textilmarkt ab Januar 2005 sind die Aussichten jedoch schlechter geworden, da der Konkurrenzdruck von Seiten Chinas und Vietnams zunehmen dürfte, selbst wenn sich diese Befürchtung in den Jahren 2005 und 2006 noch nicht bestätigt hat. Im Gefolge wachsenden Wettbewerbs könnte es längerfristig wieder zu steigender Arbeitslosigkeit und gleichzeitig zu einer Vermehrung jenes Anteils an Armen kommen, die mit 1 USD pro Tag oder weniger auszukommen haben.

Da höhere Einnahmen aus dem Tourismus den Rückgang im Textilgeschäft auch nicht annähernd auszugleichen vermögen (mit Textilien konnten in einem Jahr wie 2004 rund 1,5 Mrd. US\$, mit dem Tourismus aber nur 770 Mio. US\$ – also gerade die Hälfte – erwirtschaftet werden), würde das BIP-Wachstum erheblich ausgebremst werden (SOAa, 1/2005, S.59). Kambodscha hat kaum eigene Mittel, mit denen es sich dieser Entwicklung entgegenstemmen könnte. Es geriete hier

mit anderen Worten in eine von ihm nicht verschuldete Krise und damit in eine Falle, die sich vor dem Land seit langem aufgebaut hat und die deshalb – im weiteren Sinne – ebenfalls zum Weiterbestehen der sozialen Probleme beiträgt.

Während sich das Nachbarland Vietnam einem Kurs verschrieben hat, der weg vom Primär- und hin zum Sekundär- sowie zum Tertiärsektor führen und entsprechende Strukturwandlungen auf den Weg bringen soll, ist Kambodscha gezwungen, Überlegungen in umgekehrter Richtung anzustellen. Zum einen werden Industrie und Dienstleistungen weiter ausgebaut, wobei der Industriesektor hauptsächlich zwei Strategien verfolgen muss, nämlich den Ausbau exportorientierter Betriebe und die Entwicklung von Erzeugnissen, die Importe substituieren können (dies waren die beiden Hauptziele des Industrieaktionsplans bereits für den Zeitraum von 1998 bis 2003). Gleichzeitig gilt es, weitere touristische Standorte neben dem mittlerweile längst überlaufenen Hauptziel Angkor Wat auszubauen und die dafür benötigten Investitionsgelder im Ausland einzuwerben.

Worauf es in nächster Zeit aber ganz besonders ankommt, ist die Konsolidierung des Primärsektors und hier wiederum vor allem der Landwirtschaft. Die Hauptziele, die sich der Council for Development in Cambodia mittelfristig gesetzt hat, lauten Lebensmittelgrundsicherung, verstärkter Export landwirtschaftlicher Güter, höherer Verarbeitungsgrad durch agroindustrielle Betriebe, Kampf gegen die Armut und nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen des Landes.

Ernährungsstabilität soll sowohl durch erhöhte Qualität (agrarwissenschaftliche Forschung in 14 über das Land verteilten Stationen, bessere Ausbildung der Bauernschaft, agroindustrielle Verarbeitung der Erträge) als auch durch mehr Quantität (im Sinne der Ausdehnung landwirtschaftlicher Anbauflächen) gesichert werden. Beide Ziele sollen von eigens dafür gegründeten neuen Institutionen gefördert werden, nämlich vom Cambodian Agricultural Research and Development Institute und vom Department of Agricultural Extension.

Zu sorgen ist aber auch für eine ausgeglichene Verteilung der Erzeugnisse. Trotz verbesserter Ernteergebnisse werden in einigen Landesteilen nach wie vor Nahrungsmitteldefizite registriert. Darüber hinaus hat nahezu ein Drittel der Bevölkerung nicht genügend Geld für Lebensmitteleinkäufe. Erforderlich wäre also einerseits eine Verbesserung des Verteilungssystems (u.a. auch ein Ausbau der Straßen), andererseits aber eine intensivierte Politik der Armutsbekämpfung.

Mit UXO leben?

Kambodscha gehört zu den meistverminnten Gebieten der Welt. 4-6 Mio. Kilmerninen waren in rund drei Jahrzehnten Bürgerkrieg ausgelegt worden. Seit dem offiziellen Kriegsende im Jahr 1979 wurden – und zwar bis Ende 2005 – nicht weniger als 775 Menschen getötet (XNA, 25.11.05). 54% aller Minen- und UXO-Unfälle (Unexploded-Ordnance) waren, um hier einen willkürlich herausgegriffenen Zeitraum – nämlich das erste Quartal 2004 – zu exemplifizieren, durch Altmetallsucher ausgelöst worden. Die zweitgrößte Gruppe der zu Schaden gekommenen Personen bestand aus Bauern, die durch Waldeinschlag ihr Ackerbauland erweitern wollten, und die dritte Gruppe schließlich aus Kindern, die sich von den farbig schillernden „Bombies“ offensichtlich unwiderstehlich angezogen fühlten. Im Jahr 2003 war es zu 745 solcher Unfälle mit 111 Toten gekommen (SOAa, 6/2004, S.533).

Unterstützt von zahlreichen anderen Ländern, u.a. auch von Deutschland, konnten kambodschanische Räumungsspezialisten bis Anfang 2006 rund 40% des kambodschanischen Gebiets von Landminen säubern (Kyodo, in BBC, 17.3.06). Bis zum Jahr 2010 sollen alle Minen im Königreich beseitigt sein. Kambodscha gehört mit dieser Leistung in dem Bereich zu den erfolgreichsten Ländern der Welt.

Angesichts der Erfahrung, die sich bei den kambodschanischen Spezialisten angesammelt hat, besteht der Wunsch, die Erkenntnisse auch anderen Teilen der Welt zugute kommen zu lassen. Seit dem 13. April 2006 sind 135 kambodschanische Soldaten im Sudan tätig (AKP, in BBC, 13.4.06; XNA, 17.2.06) und nehmen dort – zum ersten Mal in der Geschichte Kambodschas – an einer einschlägigen internationalen UN Peace Keeping Mission teil. Sogar in den Irak sollten kambodschanische Minenspezialisten entsandt werden. Pläne dieser Art haben sich jedoch aus politischen und verfassungsrechtlichen Gründen zerschlagen (TV Kampuchea, in BBC, 21.4.06; vgl. auch SOAa, 4/2006, S.139).